



EWU-Konjunktur ohne Dynamik	383
Stabilitätsprogramme konjunkturgerecht? —	
Zum Stand der finanzpolitischen Konsolidierung	
in der Europäischen Union	389

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 26/2001

Berlin

28. Juni 2001

Bibliothek

68. Jahrgang

EWU-Konjunktur ohne Dynamik

Im ersten Quartal 2001 hat sich die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Raum abgeschwächt. Nach Berechnungen des DIW stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2001 saisonbereinigt um 0,5 %, d. h. mit einer laufenden Jahresrate von 2 %. Die Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit zeigt sich in allen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts, mit Ausnahme des privaten Konsums. Die Bruttoanlageinvestitionen gingen sogar etwas zurück. Nachdem sich die Lage am Arbeitsmarkt im Verlauf des Jahres 2000 deutlich belebt hatte, sank die Arbeitslosenquote in der EWU kaum noch. Die Frühindikatoren lassen erwarten, dass das Wachstum im Euro-Raum im zweiten Quartal noch an Tempo verliert.

Im ersten Quartal 2001 setzte sich die Abschwächung der Konjunktur, die in der zweiten Jahreshälfte 2000 begonnen hatte, fort. Das reale Bruttoinlandsprodukt hat sich um 2,2 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres erhöht (Abbildung 1).

Die konjunkturelle Abkühlung hat verschiedene Ursachen. Zunächst sorgten in erster Linie die höheren Ölpreise für einen Kaufkraftentzug der privaten Haushalte und hemmten die Investitionsneigung. Die Folgen der Tierseuchen in Europa haben zusammen mit den Effekten der Ölpreissteigerungen und der weiteren Euro-Abwertung zu einer merklichen Beschleunigung des Preisauftriebs geführt, so dass die Kaufkraft der privaten Haushalte weiter beeinträchtigt wurde. So kam es im Zusammenhang mit den Steuerentlastungen, insbesondere in Deutschland, nicht zu den erwarteten Wachstumsimpulsen. Zunehmend belastet auch die konjunkturelle Schwäche in den USA die wirtschaftliche Entwicklung in Europa.

Auslandsbeitrag nimmt weiterhin zu

Der Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft war im ersten Quartal 2001 weiterhin hoch. Dies verdeckt aber, dass

die Dynamik im Außenhandel drastisch nachgelassen hat. Zwar stützt der unverändert niedrige Kurs des Euro nach wie vor die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der EWU-Länder, die Ausfuhren werden jedoch durch die schwächere Nachfrage, die mit der weltweiten konjunkturellen Abkühlung einhergeht, beeinträchtigt; sie nahmen nur geringfügig zu. Die Importe gingen dagegen im Zuge der schwächeren Inlandsnachfrage real zurück. Dies führte letztlich zur Zunahme des Außenbeitrags.

Bauinvestitionen rückläufig

Die Binnennachfrage ist im ersten Quartal 2001 gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um gut 0,3 % gestiegen; gegenüber dem gleichen Quartal im Vorjahr waren es 1,6 %.

Die merklich schwächere Ausweitung der Binnennachfrage zeigt sich bei fast allen Komponenten. Besonders stark hat sich die Investitionstätigkeit verlangsamt. Gegenüber dem vierten Quartal 2000 sind die Anlageinvestitionen sogar leicht zurückgegangen. Die Wachstumsrate von gut 1 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal ist die niedrigste Rate seit fünf Jahren. Neben der Abküh-

Zur Berechnung der vierteljährlichen VGR für die Europäische Währungsunion

Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Länder der Europäischen Währungsunion befinden sich im Zuge der Einführung des „Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995“ (ESVG95) noch immer im Umbruch. Es stehen noch nicht für alle Länder Vierteljahreswerte zur Verfügung. Auch bei den Jahreswerten gibt es noch Lücken. Für das DIW, das mittelfristig am Aufbau konsistenter vierteljährlicher Gesamtrechnungen arbeitet, bedeutet dies, dass bei der Wahl der Methoden für die Berechnung der EWU-VGR bei der Schätzung Kompromisse gemacht werden müssen. Dies gilt vor allem für die vier kleinsten Volkswirtschaften des Währungsraumes (Griechenland, Portugal, Irland und Luxemburg). So wurden die saisonbereinigten Reihen für die EWU auf der Basis der mit TRAMO/SEATS kalender- und saisonbereinigten Ursprungswerte der nationalen Statistiken für die acht größten Länder, die etwas über 95 % der Wirtschaftsleistung der EWU repräsentieren, sowie der Jahresdaten für die gesamte EWU geschätzt. Dazu wurde das Programm ECOTRIM eingesetzt — eine ökonometrisch fundierte Anwendung zur temporalen Disaggregation von Zeitreihen, die Eurostat entwickelt hat und ebenfalls bei der Schätzung der VGR-Reihen für die EWU einsetzt.¹

Da nur für Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und die Niederlande die Aggregate der Verwendungsseite bis zum ersten Quartal 2001 vorlagen, wurde das erste Quartal 2001 für Belgien (mit Ausnahme des Bruttoinlandsprodukts, für das bereits eine offizielle Schätzung vorliegt), Österreich und Finnland auf der Basis von aktuellen Indikatoren geschätzt. Für Griechenland und Irland (zusammen knapp 3 % der Euro-Zone) wurden als Jahreswerte für 2000 mangels geeigneter Daten Prognosewerte eingesetzt.

Gegenüber der jüngsten Veröffentlichung von Eurostat haben die Zeitreihen des DIW folgende Vorteile: Sie wurden mit einem einheitlichen Verfahren kalender- und saisonbereinigt, und sie weisen eine Untergliederung der Bruttoanlageinvestitionen nach Bauten und Ausrüstungen aus. Zudem wurde die jüngste Entwicklung in Belgien, Österreich und Finnland durch Schätzungen, für die aktuelle Konjunkturindikatoren herangezogen wurden, berücksichtigt.

Die Lohnstückkosten wurden aufgrund der unzureichenden Datenlage auf der Basis der Arbeitnehmerentgelte und des realen Bruttoinlandsprodukts der acht größten EWU-Länder geschätzt. Da nicht für alle Länder die entsprechenden Arbeitsmarktdaten vorliegen, konnten Strukturverschiebungen zwischen abhängig Beschäftigten und Selbständigen nicht berücksichtigt werden; dies ist jedoch für kurzfristige Betrachtungen unerheblich. Dadurch sowie durch die unterschiedlichen Saisonbereinigungsverfahren unterscheiden sich die Ergebnisse des DIW von den Berechnungen der EZB, die zurzeit nur bis zum vierten Quartal 2000 vorliegen.

¹ Vgl.: R. Barcellan und G. L. Mazzi: Methodology for the estimation of totals for the European Economic and Monetary Union (EUR-11) and for the European Union (EU-15). In: Quarterly National Accounts ESA, Fourth Quarter 1997, 1/1998, Eurostat.

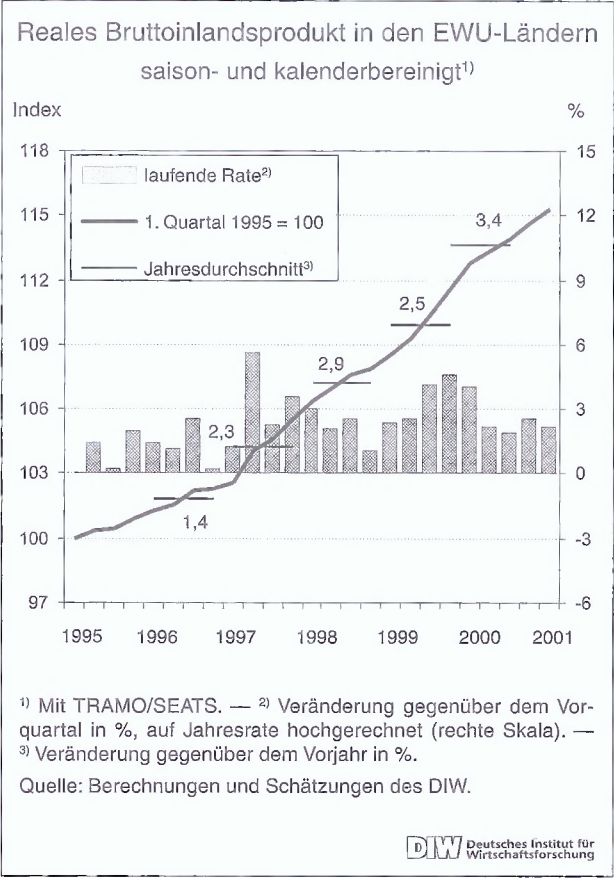
lung der weltwirtschaftlichen Lage und der Eintrübung der Erwartungen ist die Abschwächung der Investitionstätigkeit auch auf den strafferen Kurs der Geldpolitik und die dadurch verschlechterten Finanzierungsbedingungen der Unternehmen im Verlauf des Jahres 2000 zurückzuführen.

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im ersten Quartal 2001 gegenüber dem gleichen Quartal im Vorjahr real um 4,2 % gestiegen (nach 5,8 % im vierten Quartal 2000). Die Bauinvestitionen verzeichneten im ersten Quartal 2001 einen realen Rückgang (–2,1 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres und –0,7 % gegenüber dem letzten Quartal 2000). Der Rückgang ist weiterhin stark durch die Lage der Bauwirtschaft in Deutschland geprägt. Aber auch in anderen Staaten des Euro-Raums war im ersten Quartal 2001 eine retardierende Entwicklung zu verzeichnen. Dort sind die realen Bauinvestitionen im ersten Quartal 2001 saisonbereinigt um nur noch 0,2 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen (Abbildung 2).

Konsum gedämpft

Das Wachstum der privaten Konsumnachfrage hat sich kaum beschleunigt. Der reale private Konsum stieg im ersten Quartal 2001 gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 0,5 %. Die Steuerreformen, die es in vielen EWU-Ländern in diesem Jahr gegeben hat, haben bislang nicht den erwarteten kräftigen Anstieg des privaten Konsums ausgelöst. Das kann damit erklärt werden, dass die Preisniveausteigerung zusätzliche Einkommen bindet. Zudem ist es seit Ende 2000 zu keiner weiteren Entspannung am Arbeitsmarkt im Euro-Raum gekommen: Während die Arbeitslosenquote im Euro-Währungsgebiet im Jahre 2000 deutlich gesunken ist (von 9,6 % im Dezember 1999 auf 8,5 % im Dezember 2000), verharrte sie im ersten Quartal 2001 auf diesem Niveau und betrug Ende März 2001 8,4 %.

Abbildung 1



Die Eintrübung der konjunkturellen Lage zeigt sich vor allem in der Entwicklung der Industrieproduktion. In den ersten vier Monaten 2001 ist sie im Euro-Raum deutlich gesunken: Zuletzt wurde saisonbereinigt ein Rückgang gegenüber dem jeweiligen Vormonat um 0,3 % (März) bzw. um 0,5 % (April) verzeichnet. Von diesem Rückgang waren insbesondere die Vorleistungsgüter betroffen.

Abschwächung in den meisten Ländern des Euro-Raums

Die derzeitige Abschwächung des Wachstums im Euro-Raum spiegelt die Grundtendenz in den meisten Mitgliedstaaten wider. Entgegen der vielfach geäußerten Einschätzung, dass sich hierin vor allem die Entwicklung in Deutschland niederschlägt, deuten die Berechnungen des DIW darauf hin, dass der Rückgang der Wachstumsraten auch in anderen Mitgliedstaaten stark ausgeprägt ist. In Frankreich verringerte sich das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung von 2,5 % im vierten Quartal 2000 auf unter 2 % im ersten Quartal 2001 (Jahresraten des realen und saisonbereinigten BIP); in den Niederlanden halbierte es sich sogar auf 1,2 %. Hingegen verzeichnete Italien im ersten Quartal 2001 ein Wachstum von über 3 %. Bei schwacher Inlandsnachfrage ist dies vor al-

Abbildung 2

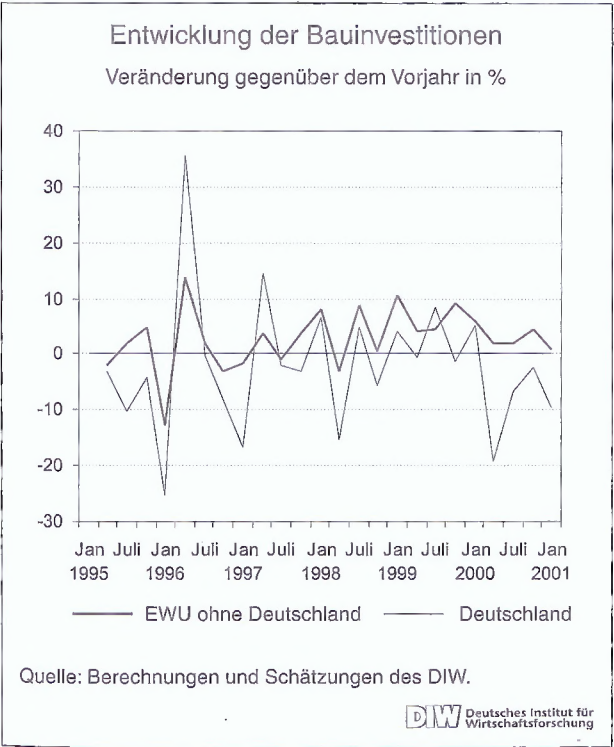


Abbildung 3

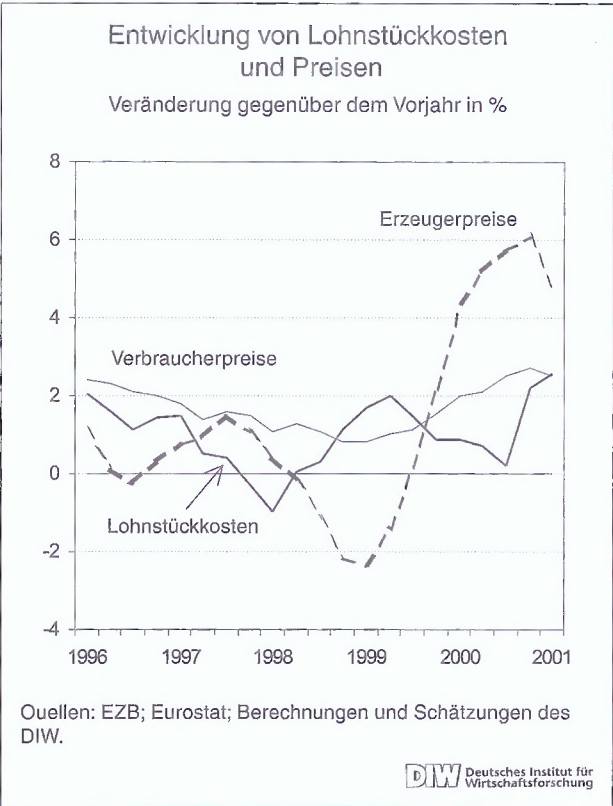


Tabelle 1

Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die EWU-Länder

	1999	2000	1998 IV	1999				2000				2001 I
				I	II	III	IV	I	II	III	IV	
Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995 (kalender- und saisonbereinigt) in Mrd. Euro												
Privater Konsum ¹⁾	3 327,2	3 415,9	818,2	823,6	827,4	834,9	841,3	847,2	855,0	855,1	858,6	862,8
Staatskonsum	1 149,8	1 172,2	284,4	285,6	286,8	287,8	289,5	291,4	293,3	292,9	294,6	295,6
Anlageinvestitionen	1 257,6	1 315,9	302,9	308,1	310,6	317,0	322,0	327,5	327,6	329,4	331,4	331,0
Bauten	631,7	644,6	152,5	155,6	156,5	158,8	160,8	163,1	160,5	160,1	160,9	159,7
Ausrüstungen	626,0	671,3	150,4	152,5	154,1	158,2	161,1	164,4	167,0	169,3	170,5	171,3
Vorratsveränderungen	30,3	26,2	9,2	9,3	8,5	5,4	7,0	6,5	5,6	7,3	6,8	7,1
Inlandsnachfrage	5 764,9	5 930,2	1 414,7	1 426,7	1 433,3	1 445,1	1 459,9	1 472,7	1 481,5	1 484,6	1 491,4	1 496,6
Außenbeitrag	83,0	116,6	20,2	16,8	19,3	22,3	24,5	26,9	26,3	30,2	33,2	36,4
Exporte	2 019,6	2 260,0	481,0	482,9	495,0	511,5	530,2	543,5	555,9	573,4	587,3	589,4
Importe	1 936,6	2 143,4	460,7	466,1	475,7	489,2	505,7	516,6	529,5	543,1	554,1	553,1
Bruttoinlandsprodukt	5 847,9	6 046,8	1 435,0	1 443,4	1 452,6	1 467,5	1 484,4	1 499,5	1 507,8	1 514,8	1 524,6	1 532,9
Veränderung gegenüber der Vorperiode in %												
Privater Konsum ¹⁾	3,0	2,7	0,9	0,7	0,5	0,9	0,8	0,7	0,9	0,0	0,4	0,5
Staatskonsum	1,5	1,9	0,4	0,4	0,4	0,3	0,6	0,6	0,7	-0,2	0,6	0,3
Anlageinvestitionen	5,2	4,6	0,3	1,7	0,8	2,1	1,6	1,7	0,0	0,6	0,6	-0,1
Bauten	3,5	2,0	-0,5	2,0	0,6	1,5	1,3	1,4	-1,6	-0,3	0,5	-0,7
Ausrüstungen	6,9	7,2	1,2	1,4	1,0	2,7	1,9	2,0	1,6	1,4	0,7	0,5
Inlandsnachfrage	3,2	2,9	0,8	0,8	0,5	0,8	1,0	0,9	0,6	0,2	0,5	0,3
Exporte	4,8	11,9	-0,8	0,4	2,5	3,3	3,7	2,5	2,3	3,1	2,4	0,4
Importe	6,8	10,7	0,7	1,2	2,1	2,8	3,4	2,2	2,5	2,6	2,0	-0,2
Bruttoinlandsprodukt	2,5	3,4	0,3	0,6	0,6	1,0	1,2	1,0	0,6	0,5	0,6	0,5
Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode in %												
Privater Konsum ¹⁾	3,0	2,7	3,6	3,3	3,0	2,9	2,8	2,9	3,3	2,4	2,0	1,8
Staatskonsum	1,5	1,9	1,4	1,3	1,4	1,6	1,8	2,0	2,3	1,8	1,7	1,5
Anlageinvestitionen	5,2	4,6	4,6	4,4	5,0	5,0	6,3	6,3	5,5	3,9	2,9	1,1
Bauten	3,5	2,0	1,1	1,2	3,9	3,6	5,4	4,8	2,6	0,8	0,0	-2,1
Ausrüstungen	6,9	7,2	8,4	7,8	6,2	6,5	7,1	7,8	8,4	7,0	5,8	4,2
Inlandsnachfrage	3,2	2,9	3,6	3,4	3,1	3,0	3,2	3,2	3,4	2,7	2,2	1,6
Exporte	4,8	11,9	2,6	1,1	2,2	5,5	10,2	12,6	12,3	12,1	10,8	8,5
Importe	6,8	10,7	7,1	5,1	5,3	6,9	9,8	10,8	11,3	11,0	9,6	7,1
Bruttoinlandsprodukt	2,5	3,4	2,2	2,0	2,1	2,5	3,4	3,9	3,8	3,2	2,7	2,2
¹⁾ Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Quelle: Berechnungen und Schätzungen des DIW.												

lem auf stärker steigende Exporte bei gleichzeitigem Einbruch der Importe zurückzuführen.

Merklicher Preisschub

Die Verbraucherpreise haben auch im ersten Quartal 2001 kräftig angezogen. Der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) liegt seit über einem Jahr über dem von der EZB mittelfristig angesteuerten Wert von 2 % (Abbildung 3). Im ersten Quartal 2001 stieg der HVPI um 2,6 %. Das ist zwar etwas weniger als im vierten Quartal 2000 (2,7 %), jedoch deutlich mehr als noch im

ersten Quartal 2000 (2,1 %). Im zweiten Quartal dieses Jahres dürfte die Inflationsrate noch etwas höher ausfallen. Im Mai 2001 lagen die Konsumentenpreise im Euro-Raum sogar um 3,4 % über denen vom Mai 2000.

Der Anstieg der Energiepreise bleibt dabei ein bedeutender Faktor; der direkte Einfluss auf die Preissteigerungen nimmt jedoch mehr und mehr ab. So lag der Ölpreis im ersten Quartal 2001 bei 28,4 Euro je Barrel, nach 34,5 Euro im vierten Quartal 2000. Auf die Preisentwicklung wirken zunehmend auch andere Faktoren. Erstens kommen mehr und mehr indirekte Effekte der verteuerten Energiepreise zum Tragen, indem Preise derjenigen Gü-

Tabelle 2

Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die EWU-Länder

	1999	2000	1998 IV	1999				2000				2001 I
				I	II	III	IV	I	II	III	IV	
Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (kalender- und saisonbereinigt) 1995 = 100												
Privater Konsum ¹⁾	107,2	109,6	106,4	106,4	107,0	107,5	108,0	108,6	109,1	110,1	110,7	111,1
Staatskonsum	108,3	110,3	106,9	107,0	108,0	108,7	109,5	109,3	109,9	110,9	111,3	112,0
Anlageinvestitionen	104,0	106,4	103,3	102,9	103,6	104,4	104,9	105,3	105,7	107,0	107,5	108,1
Bauten	105,9	109,2	105,5	103,8	105,8	106,9	106,9	107,7	108,4	110,1	110,6	110,7
Ausrüstungen	102,1	103,6	101,1	102,0	101,3	101,9	102,9	102,9	103,1	104,0	104,6	105,8
Inlandsnachfrage	106,8	109,4	105,7	105,8	106,5	107,2	107,7	108,3	108,9	110,1	110,5	111,0
Exporte	102,2	106,8	101,6	101,3	102,0	102,4	103,1	105,0	106,6	107,2	108,3	108,0
Importe	101,6	109,7	99,7	99,3	100,7	102,4	103,6	106,5	108,9	110,9	112,4	111,0
Bruttoinlandsprodukt	106,9	108,3	106,3	106,4	106,9	107,1	107,4	107,7	108,0	108,7	109,0	109,8
Veränderung gegenüber der Vorperiode in %												
Privater Konsum ¹⁾	1,1	2,2	0,1	0,1	0,6	0,4	0,5	0,6	0,5	0,9	0,5	0,4
Staatskonsum	2,2	1,9	0,4	0,1	1,0	0,7	0,7	-0,1	0,5	0,9	0,4	0,6
Anlageinvestitionen	0,9	2,3	0,0	-0,3	0,6	0,8	0,5	0,3	0,4	1,2	0,5	0,6
Bauten	1,6	3,1	0,8	-1,5	1,9	1,0	0,0	0,7	0,6	1,6	0,5	0,0
Ausrüstungen	0,3	1,5	-0,9	0,9	-0,7	0,6	1,0	0,0	0,2	0,9	0,6	1,2
Inlandsnachfrage	1,3	2,5	0,0	0,0	0,6	0,7	0,5	0,5	0,5	1,1	0,4	0,5
Exporte	-0,4	4,5	-0,6	-0,3	0,7	0,3	0,7	1,9	1,4	0,6	1,0	-0,2
Importe	-0,2	8,1	-1,8	-0,4	1,4	1,7	1,2	2,8	2,2	1,9	1,3	-1,2
Bruttoinlandsprodukt	1,2	1,3	0,4	0,1	0,4	0,2	0,3	0,2	0,3	0,6	0,3	0,8
Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode in %												
Privater Konsum ¹⁾	1,1	2,2	0,8	0,8	0,9	1,1	1,5	2,1	2,0	2,5	2,5	2,3
Staatskonsum	2,2	1,9	1,6	1,9	2,4	2,2	2,5	2,2	1,7	2,0	1,6	2,4
Anlageinvestitionen	0,9	2,3	0,7	0,0	1,1	1,1	1,6	2,3	2,0	2,5	2,5	2,7
Bauten	1,6	3,1	1,4	0,7	2,1	2,2	1,4	3,7	2,4	3,0	3,5	2,8
Ausrüstungen	0,3	1,5	0,0	-0,7	0,1	-0,1	1,8	0,8	1,7	2,1	1,6	2,8
Inlandsnachfrage	1,3	2,5	0,7	0,7	1,1	1,4	1,9	2,4	2,3	2,7	2,6	2,5
Exporte	-0,4	4,5	-1,6	-2,2	-1,1	0,2	1,6	3,7	4,4	4,7	5,0	2,9
Importe	-0,2	8,1	-4,1	-4,1	-1,8	0,9	4,0	7,3	8,1	8,3	8,4	4,2
Bruttoinlandsprodukt	1,2	1,3	1,5	1,4	1,4	1,2	1,1	1,2	1,1	1,5	1,5	2,0
¹⁾ Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Quelle: Berechnungen und Schätzungen des DIW.												

ter steigen, bei denen Energie in relativ starkem Ausmaß als Input eingesetzt wird. Zweitens haben sich die Preise unverarbeiteter Nahrungsmittel stark erhöht, was in erster Linie auf eine Änderung des Konsumentenverhaltens nach dem Auftreten von BSE und dem Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in einer Reihe von EWU-Mitgliedstaaten zurückzuführen ist. Dies zeigt, dass es sich im Wesentlichen um Preisschübe handelt. Sofern diese nicht zu überhöhten Lohnsteigerungen führen, dürfte sich der Preisanstieg wieder zurückbilden.

Der Anstieg der Erzeugerpreise im Euro-Raum hat sich seit dem Höhepunkt im vierten Quartal 2000 insgesamt weiter verlangsamt. Gegenüber dem gleichen Quartal im

Vorjahr betrug er im ersten Quartal 2001 4,5 %, nach 6,1 % im vierten Quartal 2000. Im April 2001 lagen die Erzeugerpreise um 4,1 % über dem Vorjahresniveau.

Lohnentwicklung bisher moderat

Die Lohnentwicklung hat bislang auf die steigenden Preise sehr moderat reagiert. Nach dem geringen Anstieg in der ersten Jahreshälfte 2000 haben die Lohnstückkosten seither jedoch wieder stärker zugenommen. Sie waren im ersten Quartal 2001 um 2,6 % höher als im gleichen Quartal des Vorjahres. Das bedeutet eine deutliche Beschleunigung, die jedoch eine Folge der konjunkturel-

len Abschwächung und damit der Beeinträchtigung der Produktivitätsentwicklung ist. Betrag der Zuwachs gegenüber dem Vorjahreszeitraum im dritten Quartal 2000 lediglich 0,2 %, so sind die Lohnstückkosten im ersten Quartal 2001 um 2,6 % gestiegen (Abbildung 3).

Abbildung 4

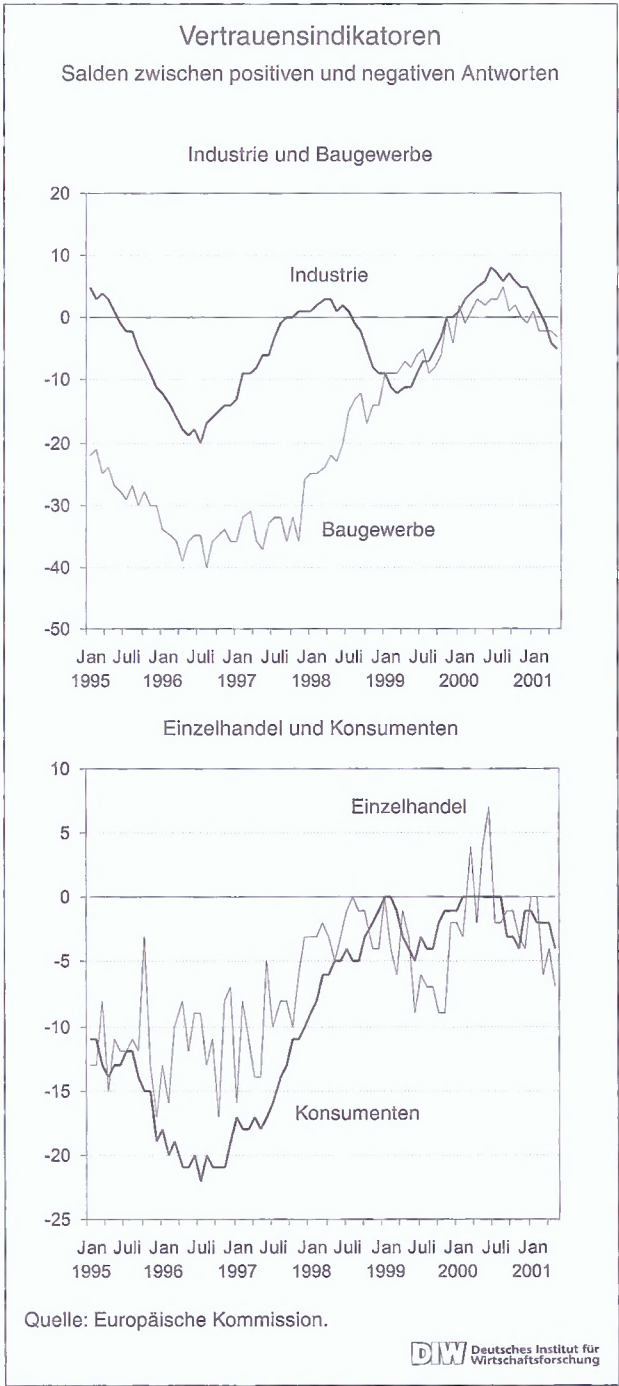
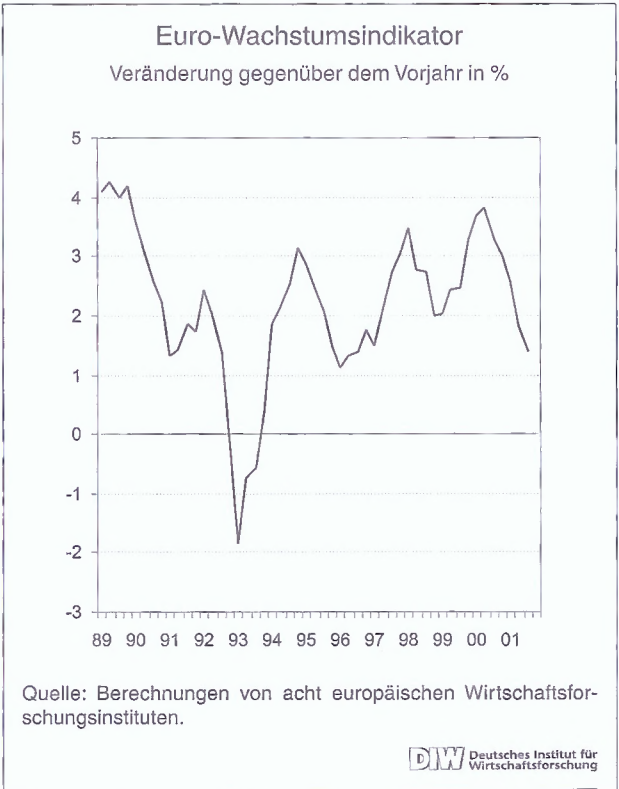


Abbildung 5



Ausblick

Die Aussichten für den Euro-Raum haben sich zuletzt stark eingetrübt. Die Konjunktur hängt hier in erheblichem Maße von der Entwicklung in den USA und der Weltwirtschaft ab. Von der Auslandsnachfrage dürften allerdings in den nächsten zwei Quartalen keine Wachstumsimpulse ausgehen.

Eine Stärkung des Vertrauens, insbesondere in der Industrie, wäre erforderlich, damit die Investitionstätigkeit wieder anzieht. Entsprechende Indikatoren der Europäischen Kommission lassen allerdings für Mai 2001 eine weitere Eintrübung des Vertrauens sowohl bei den Konsumenten als auch in den befragten Branchen (Industrie, Bauwirtschaft, Einzelhandel) erwarten.

Auch der Euro-Wachstumsindikator der acht europäischen Wirtschaftsforschungsinstitute zeigt einen weiteren merklichen Rückgang der Wachstumsraten bis in das dritte Quartal 2001 (Abbildungen 4 und 5). Somit deutet alles darauf hin, dass sich die Abschwächung im zweiten Quartal fortsetzen wird.

Stabilitätsprogramme konjunkturgerecht? — Zum Stand der finanzpolitischen Konsolidierung in der Europäischen Union

Die öffentlichen Haushalte in den Ländern der Europäischen Union (EU) haben im vergangenen Jahr erstmals seit Jahrzehnten insgesamt einen Überschuss ausgewiesen. Dies gilt auch dann, wenn die Sondereinnahmen aus dem Verkauf von Mobilfunklizenzen nicht berücksichtigt werden. Auch im Euro-Raum (EWU) hat sich die Haushaltslage deutlich verbessert; der aggregierte Saldo war nur noch leicht im Minus (Abbildung 1). Damit wurden die Ziele der im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vorgelegten Stabilitätsprogramme zumeist deutlich übertroffen. Die öffentlichen Bruttoschulden — gemessen als Relation zum Bruttoinlandsprodukt — konnten erheblich reduziert werden (Tabelle 1). Die Konsolidierung hatte bereits Mitte der 90er Jahre eingesetzt, gestützt durch den wirtschaftlichen Aufschwung in dieser Zeit. Sie wurde weniger durch eine Erhöhung der Einnahmen als durch eine Reduzierung der Ausgaben erreicht.

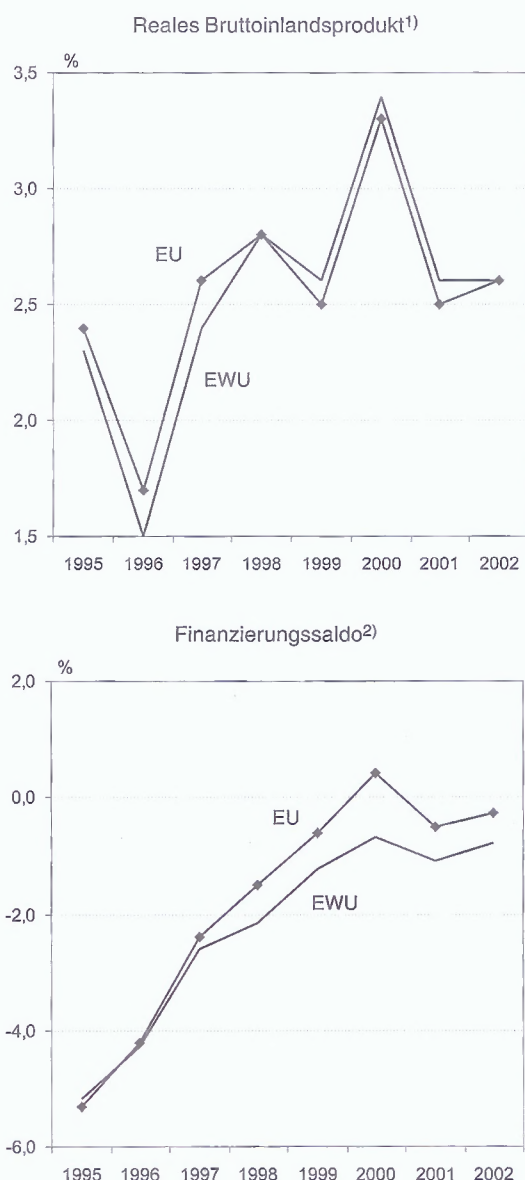
Strukturelle Verschiebungen auf der Einnahmenseite bei nur wenig veränderter Abgabenquote

Im Jahre 2000 beliefen sich die Gesamteinnahmen des Staates im Euro-Raum auf 47,3 % des Bruttoinlandsprodukts; das war ein Prozentpunkt mehr als 1995 (Tabelle 2). Hierin spiegeln sich auch die Bemühungen wider, die so genannten Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Die Bemessungsgrundlagen wurden teilweise verbreitert und die Steuersätze zunächst kaum noch gesenkt. Erst mit der spürbaren Reduzierung der Haushaltsdefizite und dem Wirtschaftsaufschwung in der zweiten Hälfte der Periode kam es wieder — insbesondere bei den direkten Steuern — zu größeren Anstrengungen, die Steuersätze zu senken.

Vor allem aufgrund der Steuerreformen in den drei gewichtigen Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich und Italien dürfte die Einnahmen- bzw. Abgabenquote in diesem Jahr fast wieder auf den Stand von 1995 zurückfallen und im nächsten Jahr noch etwas weiter zurückgehen. Ein Ländervergleich weist jedoch auf deutliche Unterschiede hin. So stieg die Quote in Griechenland und Portugal über die Jahre hinweg insgesamt kräftig. Zwar spricht dort ein niedriges Ausgangsniveau für einen gewissen Nachholbedarf an Steuerfinanzierung, doch gelang Irland vom gleichen Niveau aus noch eine Senkung seiner Quote um 4½ Prozentpunkte, und Großbritannien erhöhte seine ebenfalls niedrige Quote nur geringfügig. Von entscheidendem Einfluss auf den Verlauf der Einnahmenquote war offensichtlich die Wachstumsdynamik der jeweiligen Volkswirtschaft. So waren es vor allem Länder mit einer überdurchschnittlichen Ausweitung des Bruttoinlandspro-

Abbildung 1

Reales Bruttoinlandsprodukt und Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in der EWU und EU



¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. — ²⁾ In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß Vertrag von Maastricht; ohne Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen.

Quellen: Europäische Kommission; Berechnungen des DIW; 2001 und 2002: Prognose der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute (April 2001).

DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Tabelle 1

Indikatoren zur Situation der öffentlichen Haushalte in den Ländern der Europäischen Union

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bruttoschulden ¹⁾								
Deutschland	57,1	59,8	60,9	60,7	61,1	60,3	58,7	58,4
Frankreich	54,0	57,1	59,3	59,7	58,7	58,0	57,0	56,0
Italien	123,3	122,1	120,1	116,2	114,5	110,2	107,5	104,5
Spanien	64,0	68,1	66,7	64,7	63,4	60,6	57,0	55,0
Niederlande	77,0	75,2	70,0	66,8	63,2	56,3	53,0	50,0
Belgien	133,8	130,5	125,3	119,8	116,4	110,9	106,0	101,0
Österreich	68,5	69,2	64,7	63,9	64,7	62,8	61,0	59,5
Finnland	57,1	57,1	54,1	48,8	46,9	44,0	40,5	37,0
Griechenland	108,7	111,3	108,3	105,5	104,6	103,9	99,5	95,0
Portugal	64,1	62,8	59,1	55,3	55,0	53,8	52,0	51,0
Irland	84,4	74,3	65,1	55,0	50,1	39,1	31,0	26,5
Luxemburg	5,6	6,2	6,0	6,4	6,0	5,3	5,0	5,0
Euro-Raum ³⁾	74,7	76,0	75,3	73,7	72,7	70,3	68,0	66,4
Großbritannien	52,1	52,7	51,1	48,1	45,7	42,9	38,3	35,4
Schweden	76,6	76,0	73,0	71,8	65,2	55,6	53,5	49,2
Dänemark	69,3	65,1	61,2	55,6	52,0	46,3	42,4	38,7
Europäische Union ³⁾	70,5	71,6	70,6	68,6	67,2	64,5	61,7	59,7
nachrichtlich: USA	74,5	73,9	71,4	68,4	65,3	59,5	54,6	49,8
Finanzierungssaldo ¹⁾								
Deutschland	-3,5	-3,4	-2,7	-2,1	-1,4	-1,0	-1,7	-1,2
Frankreich	-5,5	-4,1	-3,0	-2,7	-1,6	-1,3	-1,8	-1,5
Italien	-7,6	-7,1	-2,7	-2,8	-1,8	-1,5	-2,0	-1,7
Spanien	-6,6	-4,9	-3,2	-2,6	-1,2	-0,4	0,0	0,1
Niederlande	-4,2	-1,8	-1,1	-0,7	1,0	1,3	0,5	0,5
Belgien	-4,3	-3,8	-1,9	-0,9	-0,7	0,0	0,3	0,6
Österreich	-5,2	-3,8	-1,7	-2,3	-2,1	-1,5	-1,0	-0,5
Finnland	-3,7	-3,2	-1,5	1,3	1,8	6,7	5,5	5,5
Griechenland	-10,2	-7,8	-4,7	-3,2	-1,8	-0,9	0,0	0,3
Portugal	-4,6	-4,0	-2,7	-2,2	-2,0	-1,7	-1,5	-1,2
Irland	-2,2	-0,2	0,7	2,1	2,1	4,5	4,1	4,1
Luxemburg	3,3	2,5	3,6	3,2	4,7	5,3	4,0	3,5
Euro-Raum ³⁾	-5,2	-4,3	-2,6	-2,1	-1,2	-0,7	-1,1	-0,8
Großbritannien	-5,8	-4,4	-2,0	0,4	1,3	4,3	1,0	0,9
Schweden	-7,7	-3,1	-1,5	1,9	1,8	4,0	3,9	3,4
Dänemark	-2,3	-1,0	0,4	1,1	3,1	2,4	3,1	2,8
Europäische Union ³⁾	-5,3	-4,2	-2,4	-1,5	-0,6	0,4	-0,5	-0,3
nachrichtlich: USA	-3,1	-2,2	-1,0	0,3	1,0	2,3	1,9	1,8
Finanzierungssaldo ohne Zinsen ²⁾								
Deutschland	0,2	0,3	0,9	1,5	2,1	4,8	1,4	1,9
Frankreich	-1,8	-0,1	0,7	0,9	1,8	2,0	2,6	2,3
Italien	3,9	4,4	6,7	5,2	5,0	6,1	4,8	4,7
Spanien	-1,4	0,4	1,6	1,7	2,4	3,0	3,3	3,2
Niederlande	1,7	3,8	4,1	4,2	5,4	6,0	4,1	4,4
Belgien	5,0	5,1	6,1	6,7	6,5	7,0	7,2	7,0
Österreich	-0,8	0,4	2,2	1,5	1,5	2,4	2,9	3,4
Finnland	0,3	1,1	2,7	4,9	4,9	9,4	8,0	7,7
Griechenland	1,0	2,8	3,6	4,7	5,7	6,4	6,7	6,7
Portugal	1,7	1,4	1,6	1,2	1,1	1,8	1,6	1,6
Irland	3,2	4,4	4,9	5,5	4,5	6,6	5,7	5,1
Luxemburg	3,6	2,9	4,0	3,6	5,0	5,6	4,3	3,2
Euro-Raum ³⁾	0,6	1,5	2,6	2,6	3,1	4,4	3,2	3,2
Großbritannien	-2,1	-0,7	1,7	4,0	4,2	7,0	3,3	2,9
Schweden	-0,8	3,7	4,9	7,8	6,7	8,3	7,4	6,7
Dänemark	4,1	5,1	6,1	6,4	7,7	6,6	6,9	6,4
Europäische Union ³⁾	0,2	1,2	2,5	3,1	3,5	5,1	3,4	3,4
nachrichtlich: USA	1,8	2,5	3,5	4,6	4,9	5,9	5,3	4,9

¹⁾ In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß Vertrag von Maastricht. Finanzierungssaldo ohne Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen. — ²⁾ In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß Vertrag von Maastricht; einschließlich Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen. — ³⁾ Summe der Länder, gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2000 in Euro.
Quellen: Europäische Kommission; 2001 und 2002: für Bruttoschulden und Finanzierungssaldo in den EUW-Ländern Prognose der an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute (April 2001).

dukts wie Luxemburg, Finnland, Irland, Dänemark und die Niederlande, die ihre relative Abgabenbelastung senken konnten. In Deutschland lag die Quote im ganzen betrachteten Zeitraum leicht unter dem Durchschnitt für den Euro-Raum und war praktisch identisch mit derjenigen der Europäischen Union insgesamt.

Die Struktur dynamik der Staatseinnahmen im Euro-Raum ist gekennzeichnet durch eine Verlagerung der relativen Belastung von den Sozialabgaben hin zu den Steuern und innerhalb der Steuern durch eine gewisse Annäherung der Belastungsstruktur der Mitgliedstaaten an den Länderdurchschnitt. In den restlichen drei EU-Ländern war die Entwicklung zum Teil anders. So ist der BIP-Anteil der direkten und der indirekten Steuern im Euro-Raum jeweils um einen Prozentpunkt gestiegen, derjenige der Sozialbeiträge dagegen um rund einen Prozentpunkt gesunken. Auffällig ist ein kräftiger Anstieg des Anteils der indirekten Steuern in Italien im Vorfeld der Einführung der Währungsunion, eine Entwicklung, die auch einer Erhöhung der Effizienz bei der Steuererfassung zu verdanken ist. Auf der anderen Seite haben Länder mit einem 1995 nur niedrigen Anteil direkter Steuern wie Frankreich, Griechenland und Portugal diesen Anteil inzwischen spürbar erhöht. Nur in einzelnen Fällen — wie in Finnland, Großbritannien und Schweden bei den direkten und in Italien bei den indirekten Steuern — hat sich die Divergenz gegenüber der Durchschnittsbelastung im Euro-Raum bzw. in der EU etwas vergrößert.

Eine Reihe von Ländern, vor allem die großen Volkswirtschaften der Währungsunion und hier insbesondere Frankreich und Italien, hat in den letzten Jahren die Beitragssätze der Sozialversicherung reduziert, um die Lohnnebenkosten zu senken. In den Nicht-Euro-Ländern blieb die Beitragsbelastung dagegen annähernd gleich (Großbritannien, Dänemark) oder stieg deutlich (Schweden). Die weiterhin sehr unterschiedlichen Niveaus bei der Belastung mit Sozialabgaben resultierten vor allem aus unterschiedlichen Leistungsniveaus oder aus der unterschiedlichen Finanzierung von Sozialausgaben. So finanziert etwa Dänemark einen erheblichen Teil dieser Ausgaben über Steuermittel und nicht über Beiträge.

Insgesamt bleibt die Abgabenbelastung trotz der jüngsten Steuerreformen relativ hoch. Mit mehr als der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts sind die skandinavischen Länder zusammen mit Frankreich und Österreich hier Spitzenreiter. Deutlich niedriger ist die Abgabenlast in Irland und Großbritannien, aber auch in einigen Mittelmeerländern. Hier dürfte in einigen Fällen — so in Griechenland und Portugal — das Steuerpotential vor allem bei den direkten Steuern noch nicht ausgeschöpft sein. Das Beispiel Italiens in den 90er Jahren hat gezeigt, dass eine Erhöhung der Effizienz in der Steuerverwaltung und verschärfte Steuerkontrollen die Einnahmesituation merklich bessern können. Andererseits wird für die nächsten Jahre in den meisten Ländern der Europäischen Union ange-

strebt, die Abgabenbelastung insgesamt zu senken. Hierbei spielt auch der internationale Standortwettbewerb eine wichtige Rolle. Indes ist im Gegensatz zu den gängigen Vorurteilen die Abgabenquote in den USA deutlich gestiegen, und dies ausschließlich bei den direkten Steuern. Daher dürften der EU in den 90er Jahren keine wirklichen Nachteile aus ihrer Abgabenbelastung entstanden sein. Die in der EU häufig diskutierte Forderung, die Abgabenlast von den direkten zu den indirekten Steuern zu verschieben, wurde insgesamt nicht erfüllt.

Konsolidierung über Reduzierung der Staatsausgaben

Während sich die Abgabenquote seit Mitte der 90er Jahre nur wenig veränderte, gingen die Staatsausgaben in dieser Zeit kräftig zurück, von 51,5 % des Bruttoinlandsprodukts auf rund 47 % im vergangenen Jahr; in den EU-Ländern außerhalb des Euro-Raums war der Rückgang noch ausgeprägter (Tabelle 3). Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in Europa wurde damit im Wesentlichen über eine Reduzierung der Staatsausgaben erreicht.

Die Verringerung der relativen Konsumausgaben des Staates wie auch der Ausgaben für soziale Leistungen fiel freilich allenthalben nur mäßig aus; die Ausgaben für Bruttoanlageinvestitionen blieben relativ sogar fast unverändert. Der deutliche Rückgang der Gesamtausgabenquote hat denn auch einen anderen Grund: die rasche Reduzierung der Zinszahlungen zur Bedienung der Staatsschulden seit 1997. Hierzu trugen sowohl die sinkenden Zinsen — für einige Länder wie Italien und Spanien auch wegen der bevorstehenden Einführung des Euro — als auch der mehr oder weniger schnelle Abbau der staatlichen Bruttoschulden bei.

Das Bild ist im Euro-Raum aber keineswegs einheitlich. So hat auch Portugal erheblich weniger Zinszahlungen leisten müssen, jedoch stieg die Ausgabenquote hier aufgrund eines Anstiegs in allen anderen Ausgabenkategorien. Dem standen indes erheblich gestiegene Staatseinnahmen gegenüber, so dass das Finanzierungsdefizit kaum höher als im Durchschnitt des Euro-Raums war. Gleichzeitig lag der Anteil der wachstumsfördernden Bruttoanlageinvestitionen des Staates — ähnlich wie bei Griechenland — im Spitzenfeld der europäischen Länder. Wie Irland haben auch Portugal und Griechenland bei der Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen in erheblichem Maße von den EU-Strukturfonds profitiert. Das Wirtschaftswachstum lag in allen drei Ländern in der zweiten Hälfte der 90er Jahre deutlich über dem Durchschnitt. Im Unterschied zu Portugal hat Irland allerdings seine Staatsausgabenquote — in noch wesentlich stärkerem Maße als bei den Einnahmen — außerordentlich rasch reduziert und damit auch die finanzpolitische Konsolidierung weit über das europäische Tempo hinaus forciert. Hier wie in Finnland

Tabelle 2

Staatseinnahmen¹⁾ in den Ländern der Europäischen Union
in % des Bruttoinlandsprodukts

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Gesamteinnahmen des Staates								
Deutschland	46,1	46,8	46,5	46,6	47,2	47,0	45,9	46,0
Frankreich	49,7	51,4	51,9	51,3	52,1	51,9	51,4	51,0
Italien	45,8	46,1	48,4	46,8	47,1	46,1	45,5	44,9
Spanien	38,4	38,8	39,1	39,1	39,6	39,5	39,8	39,8
Niederlande	47,3	47,8	47,1	46,4	47,5	47,2	45,1	44,9
Belgien	48,6	49,3	49,7	50,0	50,0	49,9	49,0	48,7
Österreich	52,1	52,8	52,2	52,0	51,6	50,6	51,1	50,8
Finnland	56,2	56,8	55,3	54,5	53,6	55,1	53,3	51,8
Griechenland	37,7	38,1	40,0	41,4	43,3	43,8	43,8	44,0
Portugal	40,4	41,6	41,7	41,8	42,7	43,4	44,7	45,2
Irland	39,4	39,5	38,6	37,7	38,4	37,8	36,9	35,9
Luxemburg	48,3	47,9	47,0	46,4	47,3	46,5	44,5	42,6
Euro-Raum ²⁾	46,3	47,1	47,5	47,1	47,6	47,3	46,6	46,4
Großbritannien	40,1	39,8	40,0	41,2	41,4	42,1	41,6	41,3
Schweden	60,0	62,2	61,6	62,9	62,1	62,4	61,1	60,0
Dänemark	58,0	58,8	58,4	58,0	58,5	55,7	55,8	54,8
Europäische Union ²⁾	45,8	46,5	46,8	46,7	47,2	47,0	46,3	46,0
nachrichtlich: USA	31,9	32,3	32,6	33,0	33,3	34,0	33,8	33,3
Direkte Steuern								
Deutschland	11,1	11,5	11,2	11,5	12,0	12,5	11,4	11,7
Frankreich	8,5	8,9	9,5	11,7	12,2	12,3	12,1	12,0
Italien	14,8	15,4	16,1	14,4	15,1	14,6	14,1	13,8
Spanien	10,1	10,3	10,5	10,2	10,3	10,5	10,6	10,6
Niederlande	12,4	12,9	12,4	12,1	12,2	12,1	11,4	11,5
Belgien	16,7	16,7	17,1	17,6	17,2	17,4	17,3	17,2
Österreich	12,0	13,1	13,5	13,7	13,4	13,2	14,1	14,4
Finnland	17,4	18,9	18,4	18,8	18,6	21,0	20,2	20,0
Griechenland	7,4	7,1	7,8	9,5	10,5	10,8	10,7	10,6
Portugal	9,3	9,9	10,1	9,9	10,3	10,8	11,9	12,3
Irland	13,6	14,1	14,0	13,9	13,5	13,0	12,4	11,8
Luxemburg	18,4	18,3	17,5	16,5	16,9	16,1	14,7	13,5
Euro-Raum ²⁾	11,5	12,0	12,1	12,4	12,8	13,0	12,5	12,5
Großbritannien	15,0	14,8	15,0	16,5	16,3	16,9	16,7	16,7
Schweden	20,2	21,6	21,7	22,4	22,2	22,5	21,9	21,6
Dänemark	30,4	30,6	30,3	29,6	30,1	28,7	29,4	29,1
Europäische Union ²⁾	12,8	13,1	13,3	13,8	14,1	14,3	13,8	13,8
nachrichtlich: USA	13,0	13,6	14,1	14,6	14,8	15,5	15,2	14,9
Indirekte Steuern								
Deutschland	11,4	11,4	11,4	11,6	12,2	12,0	12,1	12,1
Frankreich	15,4	16,1	16,0	16,0	16,1	15,7	15,4	15,4
Italien	12,1	11,8	12,4	15,3	15,2	15,1	15,1	15,0
Spanien	10,2	10,2	10,5	11,1	11,7	11,6	11,6	11,6
Niederlande	10,7	11,2	11,4	11,6	12,2	12,1	12,7	12,6
Belgien	12,2	12,7	12,9	12,9	13,3	13,2	13,4	13,4
Österreich	14,2	14,5	15,0	15,0	15,1	14,6	14,7	14,7
Finnland	13,7	13,5	14,3	14,1	14,0	13,3	13,0	12,7
Griechenland	13,5	14,0	14,3	14,4	15,2	15,3	15,2	15,1
Portugal	14,3	14,4	14,2	14,6	15,0	14,8	14,7	14,6
Irland	13,5	13,7	13,5	13,2	13,4	13,4	13,4	13,3
Luxemburg	12,5	12,6	12,9	13,4	14,2	14,9	14,8	14,7
Euro-Raum ²⁾	12,5	12,7	12,8	13,5	13,8	13,6	13,6	13,6
Großbritannien	13,2	13,3	13,6	13,5	14,0	14,1	13,9	13,7
Schweden	13,7	14,3	14,8	15,3	16,9	14,7	14,5	14,1
Dänemark	16,9	17,3	17,5	18,0	17,8	17,0	16,5	16,1
Europäische Union ²⁾	12,8	12,9	13,1	13,6	14,0	13,8	13,7	13,7
nachrichtlich: USA	7,2	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8	6,7	6,7

Fortsetzung Tabelle 2

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Sozialbeiträge							
Deutschland	18,8	19,4	19,6	19,2	18,9	18,7	18,3	18,0
Frankreich	20,5	20,7	20,3	18,2	18,4	18,5	18,5	18,4
Italien	14,8	15,0	15,3	12,8	12,8	12,7	12,6	12,5
Spanien	13,0	13,2	13,1	13,1	13,1	13,4	13,4	13,4
Niederlande	17,2	16,6	16,6	16,5	17,1	17,1	15,3	15,1
Belgien	16,8	16,8	16,7	16,5	16,5	16,2	16,0	15,9
Österreich	17,4	17,5	17,3	17,2	17,3	17,0	16,8	16,6
Finnland	14,9	14,3	13,4	13,0	13,0	12,1	11,8	11,8
Griechenland	12,6	12,9	13,3	13,5	13,7	13,8	13,9	14,0
Portugal	11,0	11,0	11,1	11,4	11,5	11,9	12,0	12,0
Irland	6,8	6,3	6,0	5,8	5,8	5,8	5,5	5,3
Luxemburg	12,4	12,3	11,8	11,6	11,9	11,6	11,4	11,2
Euro-Raum ²⁾	17,2	17,4	17,4	16,4	16,4	16,3	16,0	15,9
Großbritannien	7,6	7,5	7,5	7,6	7,5	7,6	7,5	7,4
Schweden	14,2	15,2	15,0	15,0	13,7	16,4	16,4	16,2
Dänemark	2,6	2,6	2,6	2,6	3,1	3,2	3,1	3,1
Europäische Union ²⁾	15,1	15,2	15,2	14,5	14,4	14,5	14,2	14,1
nachrichtlich: USA	7,3	7,2	7,1	7,1	7,2	7,1	7,1	7,0

¹⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen. — ²⁾ Summe der Länder, gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2000 in Euro.
Quelle: Europäische Kommission.

und den Niederlanden konnten vor allem aufgrund niedrigerer Arbeitslosenquoten die Sozialausgaben zurückgefahren werden. Die Ausgabenquote bei den Bruttoanlageinvestitionen des Staates wurde seit 1995 am stärksten in Österreich, Großbritannien, Schweden und Deutschland verringert; ohnehin auf niedrigem Niveau bewegen sich die Ausgaben in Dänemark und Belgien.

In Europa ist die Ausgabenquote sogar etwas stärker zurückgegangen als in den USA. Bei der beschriebenen Entwicklung auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite war in Europa auch der „Swing“, die Veränderung der jeweiligen Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte vom Defizit zum Überschuss in Prozentpunkten des Bruttoinlandsprodukts, von 1995 bis 2000 etwas größer als in den USA. Wegen des niedrigeren Niveaus ihrer relativen Defizite vermochten die USA ihre Staatsschuld allerdings — bei fast gleichem Ausgangsniveau wie im Euro-Raum — wesentlich rascher zu senken. Im Vergleich zu den europäischen Ländern liegt die Staatsverschuldung der USA damit heute im unteren Mittelfeld.

Aktualisierte Stabilitätsprogramme noch konjunkturgerecht?

In den Stabilitätsprogrammen soll das Bemühen der Mitgliedstaaten zum Ausdruck kommen, gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt an dem mittelfristigen Ziel eines „nahezu ausgeglichenen Haushalts oder eines Haushaltsüberschusses“ festzuhalten. Bis zum Beginn dieses Jahres wurden von allen EWU-Ländern aktuali-

sierte Stabilitätsprogramme vorgelegt (Tabelle 4).¹ Wegen der zur Jahreswende noch günstigeren Wachstumsperspektiven wurden die Haushaltsziele für das laufende Jahr dabei nach oben korrigiert, die Anforderungen an eine auf Konsolidierung gerichtete Finanzpolitik also noch verschärft. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat diese Revisionen allerdings weitgehend nur als eine Folge zuvor nicht ehrgeizig genug angelegter Programme eingestuft. Angesichts eines die „trendmäßigen“ Raten übersteigenden Wachstums sei selbst eine nur leicht expansive Ausrichtung der Finanzpolitik nicht gerechtfertigt und deute auf die Gefahr dauerhafter Haushaltsungleichgewichte hin. Hauptgrund für die unzureichende Konsolidierung sei eine unzureichende Ausgabenzurückhaltung.²

Diese Einschätzung der EZB gibt Anlass zur Kritik. Die finanzpolitische Konsolidierung seit Mitte der 90er Jahre fand, wie ausgeführt, weitgehend über eine deutliche Reduzierung der Ausgabenquote statt. Dies gilt auch dann, wenn man berücksichtigt, dass ein Teil der Ausgaben lediglich konjunkturbedingt zurückgefahren werden konnte und die Reduzierung der Zinsausgaben ebenfalls nicht als Verringerung der strukturellen Defizite angesehen werden kann. Aber hinter der Sicht der EZB steckt auch die Forderung, Mindereinnahmen aufgrund der — von der EZB grundsätzlich begrüßten — Steuerreformen vollstän-

¹ Griechenland als neues EWU-Land legte im Dezember 2000 sein erstes Stabilitätsprogramm vor.

² EZB-Monatsbericht, März 2001.

Tabelle 3

Staatsausgaben¹⁾ in den Ländern der Europäischen Union
in % des Bruttoinlandsprodukts

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Gesamtausgaben des Staates								
Deutschland	49,6	50,3	49,2	48,6	48,6	45,6	47,6	47,2
Frankreich	55,2	55,5	55,0	54,0	53,7	53,2	51,9	51,8
Italien	53,4	53,2	51,1	49,6	48,9	46,5	46,8	45,9
Spanien	45,0	43,7	42,2	41,7	40,8	39,9	39,7	39,6
Niederlande	51,4	49,6	48,2	47,1	46,5	45,2	44,3	43,5
Belgien	53,0	53,0	51,6	50,9	50,7	49,9	48,3	48,0
Österreich	57,2	56,6	53,9	54,3	53,7	51,8	51,7	50,8
Finnland	59,9	59,9	56,8	53,2	51,8	48,4	48,0	46,6
Griechenland	47,8	45,9	44,7	44,6	45,2	44,7	43,8	43,4
Portugal	44,9	45,6	44,4	44,1	44,8	44,8	46,2	46,6
Irland	41,6	39,7	37,8	35,7	36,3	33,3	33,0	32,4
Luxemburg	45,1	45,4	43,4	43,2	42,6	41,2	40,5	39,7
Euro-Raum ³⁾	51,5	51,4	50,1	49,2	48,9	47,0	47,3	46,8
Großbritannien	45,8	44,2	42,0	40,7	40,1	37,7	40,6	40,4
Schweden	67,6	65,3	63,1	61,0	60,3	58,4	57,2	56,6
Dänemark	60,3	59,8	58,0	56,9	55,4	53,3	52,6	51,9
Europäische Union ³⁾	51,1	50,7	49,2	48,2	47,7	45,8	46,5	46,1
nachrichtlich: USA	35,0	34,6	33,6	32,7	32,2	31,7	31,9	31,5
Konsumausgaben								
Deutschland	19,8	19,9	19,5	19,1	19,0	18,9	18,7	18,6
Frankreich	23,9	24,2	24,2	23,5	23,7	23,5	23,3	23,1
Italien	17,9	18,1	18,2	17,9	18,1	18,0	17,7	17,5
Spanien	18,1	17,9	17,6	17,5	17,3	17,1	16,9	16,8
Niederlande	24,0	23,1	22,9	22,8	22,8	22,6	22,3	22,1
Belgien	21,5	21,8	21,3	21,2	21,4	21,1	20,8	20,5
Österreich	20,4	20,3	19,7	19,6	19,6	19,3	19,0	18,7
Finnland	22,8	23,2	22,4	21,7	21,5	20,6	20,4	20,2
Griechenland	15,3	14,5	15,2	15,3	15,0	15,2	14,9	14,7
Portugal	18,7	19,0	19,1	19,1	19,7	20,6	20,6	20,8
Irland	16,4	15,8	15,2	14,5	14,0	13,3	13,4	12,9
Luxemburg	18,2	18,8	17,9	17,2	17,3	16,6	16,3	16,1
Euro-Raum ³⁾	20,4	20,5	20,3	19,9	19,9	19,8	19,6	19,4
Großbritannien	19,8	19,4	18,4	18,2	18,5	18,7	19,1	19,3
Schweden	26,3	27,1	26,5	26,7	26,9	26,3	26,4	26,3
Dänemark	25,8	25,9	25,5	25,7	25,5	24,7	24,8	24,6
Europäische Union ³⁾	20,6	20,6	20,2	19,9	20,0	19,9	19,8	19,7
nachrichtlich: USA	15,3	15,0	14,6	14,3	14,2	14,1	14,2	14,2
Soziale Leistungen²⁾								
Deutschland	18,1	19,3	19,3	18,9	18,9	18,7	18,5	18,3
Frankreich	18,5	18,7	18,8	18,4	18,3	18,1	17,8	17,5
Italien	16,7	16,9	17,3	17,0	17,2	16,7	16,5	16,2
Spanien	13,9	13,8	13,3	12,8	12,4	12,4	12,3	12,2
Niederlande	15,3	14,8	13,9	13,0	12,5	12,0	11,5	11,3
Belgien	16,6	16,6	16,3	16,0	15,7	15,5	15,3	15,3
Österreich	19,5	19,5	18,9	18,6	18,7	18,7	18,3	18,3
Finnland	22,2	21,5	19,9	18,4	17,9	16,5	16,3	16,0
Griechenland	15,1	15,4	15,6	15,6	15,8	15,9	15,9	15,9
Portugal	11,8	11,8	11,7	11,7	11,8	12,3	12,4	12,5
Irland	11,8	11,6	10,9	10,3	9,9	9,2	9,3	9,0
Luxemburg	16,5	16,4	15,7	15,3	15,1	14,3	13,9	13,5
Euro-Raum ³⁾	17,2	17,6	17,5	17,1	17,0	16,7	16,5	16,3
Großbritannien	15,4	14,9	14,4	13,7	13,5	13,3	13,2	13,0
Schweden	21,3	20,3	19,6	19,3	18,9	18,4	18,3	18,1
Dänemark	20,4	19,8	18,8	18,1	17,5	16,8	16,8	16,5
Europäische Union ³⁾	17,0	17,2	17,0	16,5	16,4	16,2	16,0	15,8
nachrichtlich: USA	11,7	11,6	11,3	10,9	10,7	10,5	10,7	10,6

Fortsetzung Tabelle 3

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Gezahlte Zinsen								
Deutschland	3,7	3,7	3,6	3,6	3,5	3,3	3,2	3,1
Frankreich	3,8	3,9	3,7	3,6	3,4	3,3	3,2	3,1
Italien	11,5	11,5	9,4	8,0	6,7	6,5	6,2	5,8
Spanien	5,2	5,3	4,8	4,3	3,6	3,3	3,2	3,1
Niederlande	5,9	5,6	5,2	4,8	4,4	4,0	3,3	3,0
Belgien	9,3	8,9	8,0	7,7	7,2	6,9	6,6	6,2
Österreich	4,4	4,2	3,9	3,8	3,5	3,6	3,5	3,4
Finnland	4,0	4,3	4,3	3,6	3,1	2,8	2,7	2,5
Griechenland	11,1	10,5	8,2	7,8	7,6	7,2	6,7	6,1
Portugal	6,2	5,4	4,2	3,5	3,2	3,2	3,1	3,1
Irland	5,4	4,6	4,2	3,4	2,4	2,1	1,8	1,6
Luxemburg	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Euro-Raum ³⁾	5,8	5,8	5,1	4,7	4,3	4,1	3,9	3,7
Großbritannien	3,7	3,7	3,7	3,6	3,0	2,7	2,3	2,0
Schweden	6,9	6,8	6,4	5,8	4,8	4,3	3,5	3,3
Dänemark	6,4	6,1	5,7	5,3	4,6	4,1	3,8	3,5
Europäische Union ³⁾	5,5	5,4	4,9	4,6	4,1	3,8	3,6	3,4
nachrichtlich: USA	4,9	4,7	4,5	4,3	3,9	3,6	3,4	3,1
Bruttoanlageinvestitionen								
Deutschland	2,3	2,1	1,9	1,8	1,8	1,8	1,8	1,7
Frankreich	3,3	3,2	3,0	2,9	2,9	3,0	3,0	3,0
Italien	2,1	2,2	2,2	2,4	2,5	2,4	2,3	2,3
Spanien	3,7	3,1	3,1	3,3	3,3	3,3	3,4	3,5
Niederlande	3,0	3,1	2,9	3,0	3,0	3,2	3,2	3,2
Belgien	1,8	1,6	1,6	1,5	1,8	1,8	1,9	1,9
Österreich	3,1	2,8	2,0	1,9	1,8	1,7	1,6	1,6
Finnland	2,8	2,9	3,2	2,9	2,8	2,6	2,7	2,7
Griechenland	3,2	3,2	3,4	3,6	4,1	4,3	4,4	4,6
Portugal	3,7	4,2	4,4	4,0	4,1	3,8	4,3	4,3
Irland	2,3	2,4	2,5	2,7	3,1	3,8	4,0	4,5
Luxemburg	4,5	4,7	4,2	4,6	4,3	4,4	4,6	4,6
Euro-Raum ³⁾	2,7	2,6	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Großbritannien	2,0	1,5	1,2	1,2	1,1	1,2	1,4	1,7
Schweden	3,4	3,0	2,7	2,7	2,8	2,5	2,6	2,6
Dänemark	1,8	1,9	1,9	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8
Europäische Union ³⁾	2,6	2,4	2,2	2,2	2,2	2,3	2,3	2,4
nachrichtlich: USA	2,5	2,5	2,6	2,6	2,8	2,8	3,4	3,4

¹⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen. — ²⁾ Ohne Sachleistungen. — ³⁾ Summe der Länder, gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2000 in Euro.
Quelle: Europäische Kommission.

dig durch eine Senkung der Primärausgaben auszugleichen oder sogar überzukompensieren. Dies ist nicht durchzuhalten und wird auch von den Finanzministern der EWU abgelehnt.³

Ein Vergleich der aktualisierten Stabilitätsprogramme mit den im April im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vorgelegten Schätzungen der Finanzierungssalden der EWU-Länder für die Jahre 2001 und 2002 zeigt eine Reihe von Abweichungen. Für alle Länder mit einem Finanzierungsdefizit, zu denen auch die drei größten Volkswirtschaften gehören, lagen die April-Schätzungen bereits ungünstiger als in den Stabilitätsprogrammen. Lediglich für einige kleinere Länder wie Luxemburg und Finnland, die

ohnein bereits einen hohen Überschuss auswiesen, wurde die Haushaltsentwicklung als vergleichsweise günstig prognostiziert. Für den Euro-Raum insgesamt wird sich danach das Finanzierungsdefizit von 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts im Vorjahr auf 1,1 % in diesem Jahr erhöhen und im kommenden Jahr wieder geringfügig verringern. Allerdings haben sich die Wachstumsaussichten seit der April-Prognose weltweit merklich verschlechtert. Mit dem geringeren Wirtschaftswachstum in diesem Jahr und der damit geringeren Ausgangsbasis für 2002 werden auch die

³ Beschluss der Finanzminister vom 5.6.2001 in Luxemburg. Vgl.: EU öffnet Schlupfloch. In: Handelsblatt vom 6.6.2001.

Tabelle 4

Aktualisierte Stabilitätsprogramme der Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion¹⁾

	Vorgelegt im ...	Wachstumsrate des realen BIP Veränderung zum Vorjahr in %				Öffentlicher Finanzierungssaldo ²⁾ in % des BIP				Schuldenstand in % des BIP			
		2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
Deutschland	Okt. 2000	2¼	2½	2½	2½	-1½	-1,0	-¼	0,0	58,0	57½	56½	54½
Frankreich	Dez. 2000	>=3	3,0	3,0	3,0	-1,0	-0,6	-0,4	0,2	57,0	55,9	54,6	52,9
Italien	Dez. 2000	2,9	3,1	3,1	3,1	-0,8	-0,5	0,0	0,3	106,6	103,5	99,6	94,9
Spanien	Jan. 2001	3,6	3,2	3,2	3,2	0,0	0,2	0,3	0,3	58,9	56,6	52,8	49,6
Niederlande	Sept. 2000	4,0	2,0	2,0	2,0	⅔	¼	¼	¼	52,3	50¼	48¼	46¼
Belgien	Dez. 2000	2,5	2,5	2,5	2,5	0,2	0,3	0,5	0,6	105,8	101,4	97,2	92,9
Österreich	Dez. 2000	2,8	2,7	2,3	2,5	-¾	0,0	0,0	0,0	61,4	59,1	57,2	55,3
Finnland	Sep. 2000	4,2	3,2	2,7	2,7	4,7	4,4	4,5	4,9	39,2	37,1	34,9	32,2
Griechenland	Dez. 2000	5,0	5,2	5,5	5,5	0,5	1,5	2,0	2,0	98,9	96,0	90,5	84,0
Portugal	Jan. 2001	3,3	3,2	3,2	3,2	-1,1	-0,7	-0,3	0,0	53,4	51,5	49,8	48,1
Irland	Dez. 2000	8,8	6,3	5,7	.	4,3	3,8	4,6	.	33,0	28,0	24,0	.
Luxemburg	Dez. 2000	5,2	5,3	5,8	.	2,6	2,5	2,5	.	.	.	.	.

¹⁾ Griechenland: Erstmals. — ²⁾ Erlöse aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen wurden aus dem Finanzierungssaldo herausgerechnet.

Quelle: Europäische Zentralbank.

Steuereinnahmen niedriger ausfallen; gleichzeitig dürften die Ausgaben insbesondere im Sozialbereich sowie für den Fall der Arbeitslosigkeit über den geplanten liegen. Infolgedessen werden fast ausnahmslos die Finanzierungsdefizite noch höher oder die Überschüsse geringer als in der April-Prognose sein. Zugleich bedeutet dies, dass sich die Abweichungen der realisierten Haushaltssalden von den Zielen der Stabilitätsprogramme wieder vergrößern werden.

Wie ist dies in der gegenwärtigen Konjunktursituation zu beurteilen? Zwar wurde auch im Aufschwung der letzten Jahre der angestrebte Haushaltsausgleich (oder gar ein Überschuss) nicht für alle Länder der EWU erreicht. Mit einem Haushaltsdefizit in der Größenordnung von einem Prozentpunkt — bzw. einem halben Prozentpunkt für die EU insgesamt — ist man aber auch in diesem Jahr nicht weit vom Ziel entfernt. Bei einer auch nur um ein bis zwei Jahre längeren Aufschwungsperiode wäre es bereits zu einem deutlichen Überschuss gekommen. Dass der Aufschwung zum Erliegen kam, ist zu einem erheblichen Teil der zu strikt angelegten Geldpolitik der EZB zuzurechnen.⁴ Die gegenwärtige Verschlechterung der Haushaltslage ist zudem konjunkturbedingt und nicht auf mangelnde Ausgabendisziplin zurückzuführen.⁵ Eine prozyklische Politik, der in der gegenwärtigen Abschwungphase weitere Ausgabenkürzungen entsprächen, wäre kontraproduktiv. Angesichts des Fehlens anderer weltwirtschaftlicher oder europäischer Auftriebskräfte wäre es falsch, die mit den Stabilitätsprogrammen vorgegebenen Defizitziele um jeden Preis erreichen zu wollen. Nur das Wirken der automatischen Stabilisatoren kann eine weitere Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage abfedern.

Ein mittelfristiges Konsolidierungskonzept stärkt die langfristigen Wachstumskräfte der Wirtschaft nur dann,

wenn die Reduzierung oder Begrenzung der Ausgaben nicht zu Lasten der öffentlichen Investitionen geht. In Deutschland etwa ist aber der ohnehin unterdurchschnittliche Anteil der Ausgaben für öffentliche Investitionen seit Mitte der 90er Jahre noch gesunken. Die Ausgabenpolitik der Gebietskörperschaften beeinträchtigt auf diese Weise das künftige Wirtschaftswachstum.

Die Finanzpolitik sollte sich daher weniger an den in den Stabilitätsprogrammen ausgewiesenen Finanzierungsquoten als vielmehr an einem mittelfristig festgelegten Ausgabenpfad orientieren. Bei einer drohenden Überschreitung dieses Pfades müssten weitere Ausgabenwünsche aus Einsparungen an anderer Stelle finanziert werden. Konjunkturbedingte Mehreinnahmen können in voller Höhe zum Abbau der Haushaltsfehlbeträge oder darüber hinaus zur Reduzierung der staatlichen Verschuldung genutzt werden.

Der Bruttoschuldenstand im Euro-Raum insgesamt nähert sich allmählich dem Maastricht-Kriterium von 60 % des Bruttoinlandsprodukts. Abweichungen von den Zielen des Stabilitätsprogramms entsprechen in ihrer Richtung im Wesentlichen denen der Finanzierungssalden. Auch hier wird sich konjunkturbedingt der Schuldenabbau gegenüber den letzten Prognosen etwas verlangsamen.

⁴ Vgl. z. B.: Europäische Geldpolitik: Zinssenkung wäre stabilitätsgerecht. Bearb.: Silke Tober. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 7/2001.

⁵ Auch geht der gegenwärtig unerwartet starke und von der EZB mit Besorgnis betrachtete Preisanstieg nicht auf finanzpolitische Maßnahmen zurück.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU-Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röller, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sighelm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.
- Heft 180 **Der deutsche Dienstleistungshandel im internationalen Vergleich.** Von Siegfried Schultz und Christian Weise unter Mitarbeit von Dietmar Schumacher. 151 S. 1999. (3-428-09845-5). DM 140,— / öS 1.022,— / sFr 124,—.
- Heft 181 **Der Dienstleistungssektor in Hamburg — Stand, Verflechtung, Qualifikation und Entwicklungschancen.** Von Martin Gornig, Peter Ring und Reiner Stäglin. 230 S. 1999. (3-428-09901-X). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 182 **Ökonomische Wirkungen der Städtebauförderung in Mecklenburg-Vorpommern.** Von Lorenz Blume (Universität Göttingen), Klaus-Peter Gaulke (DIW) und Josef Rother (GEFAK). Projektleitung: Rolf-Dieter Postlep (DIW). 108 S. 1999. (3-428-09915-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 183 **Unternehmensbezogene Dienstleistungen im Land Brandenburg — Strukturen, Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten.** Von Kurt Geppert. 122 S. 1999. (3-428-09941-9). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 184 **Auswirkungen der weltweiten Konzentration in der Bergbauproduktion auf die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft.** Von Peter Eggert, Alfred Haid, Eberhard Wettig (DIW), Manfred Dahlheimer, Manfred Krusznica, Hermann Wagner (BGR). 398 S. 2000. (3-428-10273-8). DM 198,— / öS 1.145,— / sFr 176,—.
- Heft 185 **Kommunalfinanzen und kommunaler Finanzausgleich in Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 164 S. 2000. (3-428-10274-6). DM 148,— / öS 964,— / sFr 131,—.
- Heft 186 **Aktuelle steuerliche Rahmenbedingungen für den privaten Mietwohnungsbau — Wirkungen und Alternativen.** Von Stefan Bach und Bernd Bartholmai. 127 S. 2000. (3-428-10382-3). DM 138,— / sFr 122,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Nr. 168 **E-Commerce — Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hansjörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 169 **Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Karl Brenke und Frank Fleischer. 115 S. 2000. (3-428-10233-9). DM 112,— / sFr 99,50.
- Nr. 170 **Geld, Banken und Staat in Sozialismus und Transformation.** Von Mechthild Schrooten. 201 S. 2000. (3-428-10243-6). DM 148,— / sFr 131,—.
- Nr. 171 **Wie entwickeln sich die Gewinne in Deutschland? Gewinnaussagen von Bundesbank und Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung im Vergleich.** Von Bernd Görzig und Claudius Schmidt-Faber. 84 S. 2001. (3-428-10504-4). DM 92,— / sFr 81,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Ulrich Kamecke (kommissarisch),
Prof. Dr. Hans-Georg Petersen (kommissarisch), Wolfram Schretil, Ph.D., Dr. Bernhard Seidel,
Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Hans-Joachim Ziesing

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann

EWU-Konjunktur ohne Dynamik

Bearbeitet von Kirsten Lommatzsch und Katja Rietzler

Stabilitätsprogramme konjunkturgerecht? — Zum Stand der finanzpolitischen Konsolidierung in der Europäischen Union
Bearbeitet von Joachim Volz

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304